

Xuxu He

**Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen
(AGB) und AGB-Klauselgestaltung im
Bankgeschäft**



Herbert Utz Verlag · München

Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

Band 783



Zugl.: Diss., München, Univ., 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben – auch bei nur auszugsweiser Verwendung – vorbehalten.

Copyright © Herbert Utz Verlag GmbH · 2011

ISBN 978-3-8316-4141-3

Printed in EC
Herbert Utz Verlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMATIK	1
1. TEIL: DAS AGB-RECHT IM ALLGEMEINEN.....	5
1. KAPITEL. ANSATZPUNKT DER INHALTSKONTROLLE DER AGB	5
§ 1 <i>Einseitige Vertragsgestaltung – Fehlen eines Aushandelns</i>	5
§ 2 <i>Ausgleich eines aufgrund Informationsdefizits entstandenen Marktversagens</i>	5
2. KAPITEL. EINFLUSS DER ÖKONOMISCHEN ERWÄGUNG AUF DEN GEGENSTAND DER INHALTSKONTROLLE.....	7
3. KAPITEL. ERGEBNIS	8
4. KAPITEL. NORMIERUNG DES AGB-RECHTS	8
§ 1 <i>Inhaltskontrolle nach dem AGB-Recht</i>	8
I. Rechtskontrolle	8
II. Die Wirksamkeitskontrolle ohne Gestaltungskompetenz	9
III. Angemessenheitsmaßstab	10
§ 2 <i>Gegenstand der Kontrolle</i>	10
I. Die rechtlichen Gründe.....	10
II. Der Praxis geschuldete Gründe	10
§ 3 <i>Hauptgegenstand des Vertrages: Das „Preis-Leistungs-Verhältnis“</i>	11
§ 4 <i>Kriterien nach deutschem Recht</i>	11
I. Formale Abgrenzung	11
II. Rechtsfolge.....	13
III. Ergebnis	13
§ 5 <i>Abgrenzung von ähnlichen Begriffen</i>	13
I. Sittenwidrigkeitskontrolle	14
1. Voraussetzungen	14
2. Gegenstand.....	14
3. Rechtsfolgen	14
II. Ausübungskontrolle nach Treu und Glauben (§ 242 BGB).....	14
1. Voraussetzung.....	15
2. Maßstab.....	15
3. Rechtsfolge	15
2. TEIL SYSTEMATISCHE REFORMIERUNG DER GELTENDEN CHINESISCHEN AGB-REGELUNGEN	16
5. KAPITEL. PROBLEME BEZÜGLICH DER KONTROLLE VON ABG IM GELTENDEN CHINESISCHEN RECHT	16
§ 1 <i>Begriff</i>	16
I. Mehrfachverwendung	17
II. Aushandeln.....	17
§ 2 <i>Regelungen über Einbeziehung von ABG in Verträgen</i>	17
I. Ausdrücklicher Hinweis	18
1. Formen des Hinweises unter verschiedenen Umständen.....	18
2. Zeitpunkt des Hinweisens	19
3. Hinweis gegenüber dem Vertragspartner.....	19
4. Sprache des Hinweises.....	19

5. Umfang der AGB	20
6. Grad der Zumutbarkeit und der Angemessenheit	20
7. Ein Sonderfall hinsichtlich der Anforderung des „ausdrücklichen Hinweises“	20
II. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	21
1. Verfügbarkeit	21
2. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	22
III. Einverständnis	22
IV. Keine überraschende Klausel	22
V. Ein Sonderfall: Besonderheiten bei der Einbeziehung von AGB im elektronischen Geschäftsverkehr	23
1. Ausdrücklicher Hinweis – Örtliche Anforderung	24
2. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	25
VI. Zwischenergebnis	26
§ 3 die Inhaltskontrolle von ABG nach dem chinesischen Recht	27
I. Konflikt der gesetzlichen Vorschriften und das Fehlen einer allgemeinen gesetzlichen Grundlage	27
II. Status der Freizeichnungsklauseln in den chinesischen AGB-rechtlichen Regelungen	30
III. Inhaltskontrolle der AGB nach dem chinesischen Recht	32
1. Allgemeine Kriterien der Vertragsunwirksamkeit in China sowohl für individuell ausgehandelte Vertragsbedingungen als auch für AGB	33
2. Spezifisches AGB-Recht	33
3. Verfahrensrechtliche Vorschriften	43
4. Kontrolle außerhalb des Rechtsgebiets – Behördliche Inhaltskontrolle	43
6. KAPITEL. VERHÄLTNIS ZWISCHEN AGB-RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	44
§ 1 Gesetzliche Regelungen bezüglich des Verbraucherschutzes in China	44
I. Der Begriff des Verbrauchers	44
1. Wichtigkeit eines gesetzlich ausdrücklich festgesetzten Begriffs des Verbrauchers	45
2. Tatbestände des Verbraucherbegriffs	45
II. Besondere Regelungen zu Gunsten des Verbrauchers	49
1. Erweiterung des Anwendungsbereichs des AGB-Rechts	49
2. Berücksichtigung vertragsschlussbegleitender Umstände	50
§ 2 Zusammenfassung	53
7. KAPITEL. BEDEUTUNG UND ZIEL DER RECHTSVERGLEICHENDEN BETRACHTUNG	55
§ 1 Zulässigkeit der rechtsvergleichenden Auslegung in der chinesischen Rechtsprechung und das Verhältnis der rechtsvergleichenden Methode zu den anderen vier Auslegungsgrundsätzen	56
I. Wortlaut	56
II. Historische Auslegung	56
III. Systematische Auslegung	56
IV. Teleologische Auslegung	56
§ 2 Rechtsvergleichung als wichtiges Instrument für die chinesische Gesetzgebung	56
§ 3 Anhaltspunkte der rechtsvergleichenden Auslegung – AGB-rechtliche Grundsätze	58
I. Kontrollkonzept	58
II. AGB-rechtliche Grundsätze als Anhaltspunkte	60

III. Wertungsentscheidung des AGB-Rechts.....	60
1. Bewahrung einer vertragsrechtlichen Ordnung	60
2. Vertragsgerechtigkeit.....	61
3. Transparenzgrundsatz	61
IV. Angemessenheitskontrolle sowie Äquivalenzprinzip von Leistung und Gegenleistung	63
§ 4 Ergebnis.....	64
3. TEIL: AGB-KLAUSELGESTALTUNG IN DER BANKPRAXIS –	65
ENTGELT- UND ENTGELTANPASSUNGSKLAUSELN IM BANKGESCHÄFT.....	65
8. KAPITEL. BANKVERTRAG.....	65
§ 1 <i>Geschäftsverbindung und Rahmenvereinbarung</i>	65
§ 2 <i>Dauerschuldverhältnis</i>	66
9. KAPITEL. ENTGELTKLAUSELN IM BANKGESCHÄFT.....	68
§1 <i>Kontrollfähigkeit der Entgeltklausel</i>	68
I. Die Gründe für die Aktualität der Problematik	68
II. Hauptstandpunkte des BGH.....	69
1. Differenzierung der Preishauptvereinbarung und der Preisnebenabrede	69
2. Sonderentgelt gegen Sonderleistung, Abweichung vom dispositiven Recht	70
III. Kontrollunterworfenen, jedoch unwirksame Entgeltklauseln.....	72
1. Kontrollunterworfenen, jedoch unwirksame AGB zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten oder vertraglicher Nebenpflichten.....	72
2. Kontrollunterworfenen, jedoch unwirksame AGB, die in erster Linie eigenen Zwecken und Interessen des Verwenders dient.....	73
3. Kontrollunterworfenen, jedoch unwirksame AGB, wobei an Stelle des Entfallens der Regelung dispositive Rechtsvorschriften treten können ..	73
IV. Kontrollunterworfenen, jedoch wirksame Entgeltklauseln	74
V. Kontrollfreie Klauseln.....	75
1. AGB-Klauseln, die die Sonderleistung von Bank bestimmen.....	75
2. Deklaratorische Klauseln	77
VI. Zusammenfassung: Standpunkt der Rechtsprechung bezüglich der Entgeltklauseln in Form von AGB im Bankgeschäft	78
VII. Kritik in der Literatur	79
1. Kontrolle der Preishöhe	79
2. Die Kontrolle der Preisaufspaltung.....	79
3. Die Kontrolle des Preisgrunds	80
VIII. Zwischenergebnis.....	81
§ 2 <i>Kontrolle der Entgeltklausel</i>	81
I. Stand der deutschen Rechtsprechung bezüglich der Entgeltklauseln im Bankwesen	82
1. Angemessenheit der in privaten Girokonten enthaltenen Gebührenklauseln für Ein- und Auszahlungen am Bankschalter	82
2. Angemessenheit der Bareinzahlungsklausel.....	84
3. Angemessenheit der Barauszahlungsklausel	85
II. Zwischenergebnis.....	85
10. KAPITEL: AGB-KLAUSELGESTALTUNG IN DER BANKPRAXIS – KONTROLLE DER ENTGELTANPASSUNGSKLAUSEL.....	87

§ 1 Die Begriffe „Anpassung“ und „Änderung“ in dieser Untersuchung	87
§ 2 Anpassungsmodalitäten	88
§ 3 AGB-Klauselgestaltung in der Bankpraxis – Kontrolle von Entgeltanpassungsklauseln	90
I. Einbeziehungskontrolle	90
1. Entgeltbestimmungsvorbehaltsklausel als überraschende Klausel	90
2. Entgeltänderungsvorbehaltsklausel als überraschende Klausel	90
II. Inhaltskontrolle von Entgeltanpassungsklauseln	91
1. Kontrollfähigkeit	91
2. Inhaltskontrolle	94
§ 4 Zinsanpassungsklauseln als Sonderfall der Entgeltanpassungsklauseln	98
I. Vertragliche Gestaltungsvarianten zur Zinsänderung von Krediten mit einem variablen Zinssatz	100
1. Kredite mit Zinsgleitklauseln	100
2. Kredite mit Zinsanpassungsklauseln, die dem Darlehensgeber ein einseitiges Bestimmungsrecht einräumen	100
II. Kontrollfähigkeit von Zinsanpassungsklauseln	100
1. Zinsgleitklausel	101
2. Inhaltskontrolle von Zinsanpassungsklauseln, die der Bank ein einseitiges Bestimmungsrecht einräumen	102
III. Zinsanpassungsklauseln in der chinesischen Rechtspraxis	107
1. Das Refinanzierungssystem in China	107
2. Denkbare Indikatoren für Refinanzierungskonditionen	108
IV. Ausübungskontrolle – Verhältnis zweier unterschiedlicher Inhaltskontrollen nach § 315 BGB bzw. §§ 307-309 BGB	109
1. Voraussetzung	110
2. Gegenstand	110
3. Maßstab	111
4. Rechtsfolge	111
5. Abdingbarkeit des § 315 I	112
6. Beschränkung des Leistungsbestimmungsrechts	113
V. Wirksamkeit von Zinsanpassungsklauseln in Form von AGB für Darlehensverträge mit variabler Verzinsung	113
1. Anforderungen an einen kostenorientierten Ansatz	114
2. Relevante Kosten für Zinsanpassungen	115
§ 5 Der preisorientierte Ansatz für Zinsanpassung	138
I. Spezifische Eigenschaften eines Kredits	138
II. Bonität der Kreditnehmer	139
III. Bankenarten und regionale Vorteile	139
§ 6 Kündigungsrecht des Kreditnehmers	139
I. Das Konkurrenzverhältnis zwischen der Rechtseinstitution des Wegfalls der Geschäftsgrundlage (unten abgekürzt „WGG“) einerseits und dem Recht zur außerordentlichen Kündigungsrecht andererseits	140
II. Vertragsanpassung und Vertragskündigung bei bonitätsorientierten Zinsanpassungsklauseln	141
III. Darlehensvertragliche Konsequenzen der bonitätsorientierten Zinsänderungsklausel	142
1. Ordentliches Kündigungsrecht	142
2. Außerordentliches Kündigungsrecht	144
IV. Zusammenfassung	144

4. TEIL RECHTSFOLGE UNWIRKSAMER AGB-KLAUSELN.....	148
KAPITEL 11. GRUNDSATZ UND ABGRENZUNG ÄHNLICHER RECHTSINSTITUTIONEN	148
§ 1 Rechtsgrundlage in Deutschland – Teilnichtigkeit und Restgültigkeit von AGB.....	148
§ 2 Möglichkeit der Teilnichtigkeit aufgrund des Parteiwillens.....	148
§ 3 Abgrenzung zur geltungserhaltenden Reduktion	149
I. Gegenansicht	149
II. Wortlaut der gesetzlichen Regelungen.....	149
III. Gesetzeszweck	150
IV. Funktion der Richter	150
§ 4 Rechtsfolge unwirksamer AGB-Klauseln im chinesischen Recht.....	151
§ 5 Ein Sonderproblem: Die Variabilitätsgrundabrede und die Unwirksamkeit von Zinsanpassungsklauseln.....	151
§ 6 Ergänzende Vertragsauslegung.....	151
§ 7 Anwendbarkeit des § 316 BGB als dispositives Recht beim Wegfall des einseitigen Bestimmungsrechts nach § 315 BGB.....	153
§ 8 Zusammenfassung.....	153
4. TEIL, ERGEBNIS	154
LITERATURVERZEICHNIS.....	157
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	165

Einführung in die Problematik

Anlass und Gegenstand der Untersuchung

Der Grundsatz der Privatautonomie und dessen Geltung und Position ist so selbstverständlich, dass das Gesetzbuch ihn nicht mehr ausdrücklich erwähnen muss. Dazu gehört in erster Linie die freie Vereinbarung von Hauptleistungen und Preisabreden. Auch Leistungsmodalitäten und sonstige Vertragsbedingungen haben zwischenzeitlich immer mehr an Bedeutung gewonnen. Insbesondere wenn keine gesetzlichen Regelungen vorhanden sind, müssen die Vertragsparteien entsprechende Bestimmungen in ihren Vertrag einbringen. Dies ist jedoch nur das Idealbild, das heutzutage im Massenverkehr kaum noch durchsetzbar ist. Statt einer gesonderten individuellen Aushandlung legen Unternehmen ihren Kunden meist das von ihnen erstellte vorformulierte Klauselwerk, sog. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), vor.

AGB sind heutzutage ein wesentliches Instrumentarium für Unternehmen, um im Rechtsverhältnis mit dem Verbraucher wesentliche Rechte und Pflichten, sowie sonstige Vertragsbedingungen festzustellen. Aus der wirtschaftlichen und intellektuellen Unterlegenheit resultiert die Schutzbedürftigkeit des Verbrauchers, die den Anlass der Verbraucherpolitik und des besonderen Verbraucherrechts bildet. Der Verbraucherschutz ist eine der rechtspolitisch wichtigsten Programme der EU, der seinen Niederschlag in zahlreichen Richtlinien¹ gefunden hat.

Diese Dissertation verfolgt das Ziel, das AGB-Recht in Verbraucherverträgen in Deutschland sowie auf der EU-Ebene aufzuzeigen, einerseits den Rechtsrahmen rechtstheoretisch zu analysieren, andererseits gemäß dem Maßstab der Inhaltskontrolle AGB im Bankgeschäft zu überprüfen. Denn die Gefahr einer Störung der Vertragsparität bei Bankverträgen ist besonders groß. Ich werde mich in meiner Untersuchung vor allem auf den Kernbereich der Entgelt- bzw. Entgeltanpassungsklauseln konzentrieren. Schlussendlich wird zum Entwurf neuer AGB-rechtlichen Vorschriften anhand der bestehenden Regelungen im chinesischen Vertragsgesetz (CVG) Stellung genommen und eine mögliche Überführung in ein zukünftiges chinesisches bürgerliches Gesetzbuch erläutert. Diese Dissertation soll somit zur Kontrolle und Klauselgestaltung der AGB beitragen und damit den Verbraucherschutz in China verbessern.

Verbraucherverträge auf der Grundlage von Verträgen mit vorformulierten Vertragsbedingungen sind in China im Massenverkehr weit verbreitet und damit insgesamt von praktischer Relevanz. Die Verwendung von AGB vermeidet lange und teure Verhandlungen, was Rationalisierungsvorteile mit sich führt, die allerdings rechtliche Bedenken mit sich bringen. Diese Dissertation ist deswegen höchst relevant, da sie darauf aufmerksam macht, wie Entgeltklauseln – insbesondere in der bankgeschäftlichen Praxis – durch die dort verwendeten AGB häufig nicht entsprechend dem Gesetz, dem aktuellen Stand der Rechtsprechung und Literatur ausgestaltet sind. Zur Wiederherstellung der Waffengleichheit der Teilnehmer am Markt ist es deswegen notwendig, eine Art externe Kontrolle durch richterliche Intervention bei geschlossenen Verträgen zuzulassen.

In der Realität ist außerdem zu beobachten, dass Marktteilnehmer ihre AGB in der Regel nicht selber erstellen. Entweder übernehmen sie Klauselwerke von einem

¹ Wie z. B: Richtlinie 84/450/EWG über irreführende Werbung; Richtlinie 97/7/EG über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz; Richtlinie 93/13/EWG über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen; Richtlinie 1999/44/EG über Verbrauchsgüterkauf und Garantien für Verbrauchsgüter.

Wirtschaftsverband, oder mehrere Unternehmen erstellen gemeinsam AGB, um branchenweit allgemein geltende Musterbedingungen aufzustellen. Der offensichtliche Vorteil bei der Methode ist die Kostenersparnis. Darüber hinaus sind dann evtl. alle Vertragsbedingungen in der ganzen Branche einheitlich. Angesichts dessen, dass sich die Unternehmenseite zusammenschließt, ist es dann notwendig, einen Verband oder mehrere zu gründen, die das Interesse von Verbrauchern repräsentieren und eine Verbandsklage nach dem deutschen Unterlassungsklagegesetz ins chinesische Recht einzuführen.

Mit dem Bankentgelt ungetrennt verknüpft war in der deutschen Rechtsprechung die Differenzierung von kontrollfreier Preishauptabrede und kontrollunterworfenen Preisnebenabrede. Trotz allerlei Kritik aus der Literatur sind die Entscheidungen des BGH von dieser Unterscheidung geprägt, obwohl eine gegenläufige Tendenz zwischenzeitlich immer erkennbarer geworden ist. Es ist allgemein anerkannt, dass derartige AGB nicht der Inhaltskontrolle unterliegen, welche die Leistung beschreiben, das Entgelt bestimmen, oder gesetzliche Regelungen wiederholen.² Die Unterscheidung von Leistungsbestimmungsklauseln und Preisabreden hat nur systematisierende Bedeutung. Diese zwei Arten von Vertragsbedingungen sind von ihrer Natur her gleich. In dieser Untersuchung werden sie auch nicht getrennt geprüft. Im Bankgeschäft stehen die Entgeltklauseln im Mittelpunkt, weswegen die folgende Untersuchung sich vor allem mit den Entgeltabreden befassen wird.

Beim Bankvertrag handelt es sich in der Regel um einen langfristigen Vertrag, der daher auch als Dauerschuldverhältnis klassifizierbar ist. Auch wird hierbei den Vertragsparteien durch einen Anpassungsmechanismus ermöglicht, den Vertrag an veränderte Umstände anzupassen. Hiermit wird die Interessengerechtigkeit nicht nur bei Vertragsabschluss, sondern auch nachträglich gewährleistet. Mittels einer präzisen Analyse wird in dieser Dissertation dann auf das „ob und wann“ bzw. das „wie“ der Entgeltpassung eingegangen, unter zusätzlicher Berücksichtigung und Prüfung der AGB-rechtlichen Voraussetzungen.

Auf deutscher Seite mangelt es keineswegs an Untersuchungen, sowohl über die AGB-Kontrolle, als auch über den Verbraucherschutz. Trotz der dichten Literatur ist festzustellen, dass vorhandene Aufsätze oder Monographien meist nur eine umfassende Grundvorstellung über die von der EU entwickelten Richtlinien, entsprechend ihrem Verbraucherschutzrechtsprogramm, liefern. Eine systematische Abhandlung über die AGB-Kontrolle, die sich vor allem auf das Kreditgeschäft beschränkt und anschließend – in Verbindung mit der im Kreditbereich üblichen Praxis, bei welcher Verbrauchern kaum Verhandlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden – die branchenüblichen AGB-Klauseln analysiert, eine Inhaltskontrolle vornimmt und Gestaltungsvorschläge gibt, findet sich momentan noch nicht. Hierzu vermag diese Dissertation einen Beitrag zu leisten.

Auf chinesischer Seite befinden sich AGB-rechtliche Vorschriften vor allem im chinesischen Vertragsgesetz. Vorgesehen sind vor allem der Begriff der Formulklausel, das Prinzip zur Auslegung und der Maßstab der Inhaltskontrolle nach dem Gebot von Treu und Glauben. Zur Umwandlungszeit von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, wurde vor dem Hintergrund, dass vielfältige Probleme für den Verbraucher – sei es Täuschung, Fälschung, u.v.m. – die Wirtschaftslage störten, das chinesische Verbraucherschutzgesetz erlassen. Der Gesetzgebungszweck war jedoch nicht die soziale Gerechtigkeit, sondern vor allem schnelles Wirtschaftswachstum. Erst kürzlich (2008) hat ein Milchprodukte-Skandal

² Brandner, FS Hauß, S. 1 ff., 5.

in China große Wellen geschlagen. Es scheint nun wirklich die Zeit gekommen, auch den Verbraucherschutz ernst zu nehmen. Insbesondere in der Finanz- und Kreditbranche herrschen bisher immer noch Staatsunternehmen über den Markt und auch im Infrastrukturbereich besitzen Staatsunternehmen eine Monopolposition. Um kleine private Unternehmen zu verdrängen, verwenden die Staatsunternehmen vorformulierte Vertragsbedingungen fast wie Verwaltungsverordnungen. Zur Begründung und Legitimation der AGB-Verwendung werden wirtschaftliche Rationalisierungsvorteile herangezogen. Häufig wird jedoch wegen der wirtschaftlichen und intellektuellen Macht des Unternehmens das Risiko auf den Verbraucher abgewälzt. AGB-Klauseln im Finanz- und Kreditbereich in China zeigen die Besonderheit, dass sie einen engen Zusammenhang mit der Verwaltung aufweisen. Wegen des besonderen politischen Systems und der Rechtstradition Chinas ist eine Gesamtschau – eine begleitende ökonomische und sozialwissenschaftliche Untersuchung – beim Konzeptionisieren der verbraucherschützenden AGB-Kontrolle unentbehrlich. Beim Entwurf des chinesischen Vertragsgesetzes und Sachengesetzes hat China sich das deutsche Zivilrecht zum Vorbild genommen. Aus Sicht der Geschichte der Rechtsrezeption und der politischen Entwicklung kann man vermuten, dass die deutsche Erfahrung zukünftig noch mehr Einfluss auf China ausüben könnte. Trotz heftiger Diskussion zur AGB-Kontrolle in China sind noch Einzelfragen offen wie z. B. ein klar formulierter Begriff der Einbeziehungsvoraussetzungen, der Gegenstand der Inhaltskontrolle sowie ob bzw. wann Wirksamkeitskontrolle oder Inhaltsänderung und der Verbraucherschutz durch AGB-Kontrolle Anwendung finden sollen. Die erste Frage die sich stellt, ist wie der chinesische Gesetzgeber die AGB-Regelungen gestalten soll, gleich gefolgt von der zweiten, wie ein Rechtsstreit behandelt werden soll, der das AGB-Recht betrifft, nachdem nun der Finanzmarkt in China, nach einem Übergangszeitraum gemäß WTO-Vertrag, auch ausländischen Unternehmen zugänglich ist.

Das Spannungsverhältnis zwischen Privatautonomie und der verbreiteten Anwendung von AGB in China bedarf dringend umfassender wie konkreter Überprüfung, und speziell einer Überprüfung von Verträgen, die in Form von AGB abgeschlossenen werden. Eine insbesondere auf Verbraucherschutz abzielende Inhaltskontrolle, einschließlich vollständiger rechtlicher Rahmenbedingungen und eines gewissen Spielraums für richterliche Erwägung stellt z. Z. eine wichtige Aufgabe für Gesetzgeber, Rechtsprechung und akademische Kreise dar.

Gang der Untersuchung

Als Ausgangspunkt wird im ersten Teil die Problematik des AGB-Recht rechtswissenschaftlich und ökonomisch dargestellt. Aufgezeigt wird zunächst die AGB-rechtliche Konzeption in Verbraucherverträgen in Deutschland sowie auf der EU-Ebene. Näher analysiert wird anschließend die Rechtsgrundlage in China, wobei anschließend im zweiten Teil – unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Ansatzes – auch konkrete Vorschläge zur Modernisierung des CVG bzw. der AGB-rechtlichen Vorschriften vorgebracht werden. Gemäß den Maßstäben der Inhaltskontrolle sowie den Klauselkatalogen nach §§ 308, 309 BGB, wird auf die AGB im Bankgeschäft eingegangen, da hier AGB vorherrschen und somit die Gefahr der Störung der Vertragsparität besonders groß ist. Auf AGB in Verbraucherdarlehensverträgen wird vor allem im dritten Teil ausführlich eingegangen. Insbesondere wird die Rechtsprechung hinsichtlich der Kontrollfähigkeit von Bankentgelt- und Bankentgeltanpassungsklauseln, einzelner Voraussetzungen für das Transparenzgebot und der Angemessenheit überprüft und anhand der Differenzierung zwischen Preishaupt- und Preisnebenabrede eingehend

untersucht. Der Schwerpunkt der Analyse liegt hier bei der Kontrolle und Klauselgestaltung von AGB hinsichtlich der Bankentgelte sowie ihrer Anpassung.

Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

- Band 783: Xuxu He: **Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB) und AGB-Klauselgestaltung im Bankgeschäft**
2011 · 330 Seiten · ISBN 978-3-8316-4141-3
- Band 782: Daniel Gruss: **Patentrechtliche Abhängigkeit und funktionsgebundener Stoffschutz bei biotechnologischen Erfindungen**
2011 · 330 Seiten · ISBN 978-3-8316-4135-2
- Band 781: Bernhard Guthy: **Die Umsetzung der Richtlinie 2005/29/EG in Deutschland und Großbritannien – eine rechtsvergleichende Betrachtung**
2011 · 230 Seiten · ISBN 978-3-8316-4131-4
- Band 780: Xuming Wang: **Schutz von chemischen und pharmazeutischen Erfindungen in dem neuen chinesischen Patentrecht**
2011 · 208 Seiten · ISBN 978-3-8316-4117-8
- Band 779: Susanne Hoentzsch: **Die Anwendung der Benachteiligungsverbote des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes auf Organmitglieder** · Am Beispiel des Geschäftsführers der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und des Vorstandes der Aktiengesellschaft
2011 · 236 Seiten · ISBN 978-3-8316-4109-3
- Band 778: Alexander Weiss: **Widersprüche im Recht** · Unter besonderer Berücksichtigung europarechtsbedingter Widersprüche im deutschen Zivilrecht
2011 · 206 Seiten · ISBN 978-3-8316-4086-7
- Band 777: Stefan Schmidtke: **Unlautere geschäftliche Handlungen bei und nach Vertragsschluss**
2011 · 274 Seiten · ISBN 978-3-8316-4082-9
- Band 776: Marianna Moglia: **Die Patentierbarkeit von Geschäftsmethoden**
2011 · 358 Seiten · ISBN 978-3-8316-4075-1
- Band 775: Mara Chromik: **Die Entscheidungskriterien des Zivilrichters bei der Abwägung von Privatsphärenschutz und öffentlichem Informationsinteresse** · Eine rechtsvergleichende Untersuchung zum deutschen, französischen und spanischen Recht
2011 · 344 Seiten · ISBN 978-3-8316-4064-5
- Band 774: Andrea Schmelz-Buchhold: **Mediation bei Wettbewerbsstreitigkeiten** · Chancen und Grenzen der Wirtschaftsmediation im Lauterkeits- und Immaterialgüterrecht
2011 · 394 Seiten · ISBN 978-3-8316-4019-5
- Band 773: Emese Szilágyi: **Leistungsschutzrecht für Verleger?** · Eine rechtstatsächliche Untersuchung zur Wiederherstellung des Interessenausgleichs zwischen Verlegern, Urhebern und Allgemeinheit
2011 · 254 Seiten · ISBN 978-3-8316-4018-8
- Band 772: Johannes Stehr: **Die Personengesellschaft im Einkommensteuerrechtsverhältnis**
2010 · 290 Seiten · ISBN 978-3-8316-4005-8

- Band 771: Christian Athenstaedt: **Die Kompetenzverteilung in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit** · Zur Zulässigkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen deutscher Bundesländer und Kommunen
2010 · 352 Seiten · ISBN 978-3-8316-0999-4
- Band 770: Roland Kern: **Die Rechtsbeugung durch Verletzung formellen Rechts**
2010 · 186 Seiten · ISBN 978-3-8316-0998-7
- Band 769: Florian Unsel: **Die Kommerzialisierung personenbezogener Daten**
2010 · 346 Seiten · ISBN 978-3-8316-0985-7
- Band 768: Thomas Glückstein: **Wirtschaftsrechtliche Erscheinungsformen von E-Procurement** · Die Nutzungs- und Marktverhältnisse elektronischer b2b-Handelsplattformen
2011 · 228 Seiten · ISBN 978-3-8316-0983-3
- Band 767: Tihani Prüfer-Kruse: **Interessenschwerpunkte im Markenrecht**
2010 · 374 Seiten · ISBN 978-3-8316-0976-5
- Band 766: Volker Schad: **Die Verleitung zum Vertragsbruch – eine unerlaubte Handlung?**
2010 · 228 Seiten · ISBN 978-3-8316-0973-4
- Band 765: Timoleon Kosmides: **Zivilrechtliche Haftung für Datenschutzverstöße** · Eine Studie zu Art. 23 EG-Datenschutzrichtlinie und Art. 23 griechisches Datenschutzgesetz unter Berücksichtigung des deutschen Rechts
2010 · 366 Seiten · ISBN 978-3-8316-0967-3
- Band 764: Inken Wuttke: **Straftäter im Betrieb**
2010 · 276 Seiten · ISBN 978-3-8316-0952-9
- Band 763: Reinhard Glaser: **Geldwäsche (§ 261 StGB) durch Rechtsanwälte und Steuerberater bei der Honorarannahme**
2009 · 240 Seiten · ISBN 978-3-8316-0929-1
- Band 761: Lars Rüge: **Internationales Arbeitnehmererfinderprivatrecht** · Die Einzelerfindung und die Gemeinschaftserfindung von Arbeitnehmern im Internationalen Privatrecht Deutschlands, Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika
2009 · 280 Seiten · ISBN 978-3-8316-0892-8
- Band 760: Chabaporn Wenzel: **Rechtliche Rahmenbedingungen für die Automobilindustrie in Thailand**
2010 · 266 Seiten · ISBN 978-3-8316-0889-8
- Band 759: Katharina M. Kolb: **Auf der Suche nach dem Verschuldensgrundsatz** · Untersuchungen zur Faktizität der Culpa-Doktrin im deutschen außervertraglichen Haftungsrecht
2008 · 360 Seiten · ISBN 978-3-8316-0848-5
- Band 758: Christian Eichholz: **Herabsetzung durch vergleichende Werbung** · Eine Untersuchung zum europäischen, deutschen, englischen und österreichischen Recht
2008 · 192 Seiten · ISBN 978-3-8316-0811-9

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:

Herbert Utz Verlag GmbH, München

089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: www.utzverlag.de